Nr. 489 * Ausgabe B Nr. 224
Ausgabe für Berlin u. Umgegend Nr. 489

Abend-Ausgabe

Mittwoch, 15. Oktober 1919
48. Jahrgang

Berliner Tageblatt

und Handels-Zeitung

Für unverlangt eingesandte Manuskripte übernimmt die Redaktion keine Verantwortung.

Chef-Redakteur Theodor Wolff in Berlin.
Druck und Verlag von Rudolf Mosse in Berlin.

Heimkehr von 15000 Deutschen aus dem Baltikum.

Die Lage im Baltikum hat sich, wie wir von unterrichteter Seite hören, nunmehr soweit geklärt, daß in großen Zügen feststeht, welche Truppen dort verbleiben oder in russische Dienste übertreten, und wieviel Mannschaften den Anordnungen der Regierung Folge leisten. Die **rückkehrenden Formationen, deren Zahl auf etwa 10000 bis 15000 Mann geschätzt wird,** haben sich zum Teil bereits in Bewegung gesetzt. Sie bilden indes nur etwa den dritten Teil der in Frage kommenden Truppen. In den letzten Tagen sind schon mehrere Transporte, meist einzelne Kolonnen und kleinere Truppenteile, in deutschem Gebiet eingetroffen. Die vollständige Grenzsperre gegen Kurland wird in strengster Weise aufrechterhalten.

Ueber den **Rücktritt des Generals v. d. Goltz,** von dem einige Blätter berichteten, ist, wie wir erfahren, den zuständigen Stellen bisher **nichts bekannt.** Der General wird nach Erledigung seiner Aufgabe, den Truppen die Regierungsbefehle bekanntzugeben, in den nächsten Tagen in Berlin eintreffen. Alle Meldungen über Rücktrittsabsichten sind somit vor der Rückkehr des Generals v. d. Goltz hinfällig.

Die Lage im russischen weißen Heer.

Erfolgreiche Gefechte Denikins.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

Haag, 14. Oktober.

Der Korrespondent mehrere holländischer Blätter berichtet über die Lage in Rußland und Riga unter dem 13. Oktober:

Nach drei Tagen hartnäckiger Kämpfe haben die Deutschen Riga nicht einnehmen können. Sie verlangten einen Waffenstillstand. Ueber diesen Wunsch ist noch keine Entscheidung gefallen. Die Stadt wurde mit Granaten beworfen. Der Korrespondent meldet dann weiter von der nordwestrussischen Front, daß die Hege dort nicht genug Munition, Kleidung, technische Hilfsmittel, Nahrung und Geld haben. Eine Vergrößerung der Truppenmacht ist nach seiner Meinung unnötig. Oft hat man in diese weißen Truppen wenig Vertrauen gesetzt, weil sie vielfach desertierten. Wenn man aber die Männer sieht, so staunt man nicht darüber, daß sie desertierten, sondern über die Tatsache, daß sie in ihrer schlechten Kleidung doch noch immer kämpfen und nicht alle desertieren. Was die weißen Truppen unter den jetzigen Umständen leisten, würde für alle anderen Soldaten der Welt unmöglich sein. Außerdem kämpfen sie immer gegen eine drei- und vierfach überlegene Macht. Im Bolschewistenheer ist der Geist sehr schlecht. Wenn dies nicht der Fall wäre, so wäre das kleine russische Nordwestheer bereits längst durch die Uebermacht vernichtet. Die große Mehrzahl der roten Truppen ist keineswegs kommunistisch, sondern wird nur durch ein sogenanntes Spionagesystem und sehr schwere Strafen im Zaume gehalten. Bezeichnend für die Lage im weißen Heere ist, daß die aus England geschickten Schuhe nur als Auszeichnung für heldenmütiges Verragen im Kampfe verteilt werden. Wenn dann noch Schuhe übrig bleiben, so erhalten sie die ältesten Leute. Nach mehreren von dem Korrespondenten vorgenommenen Zählungen waren in den Kompagnien der Denikin-Regimenter 25 v. H. der Mannschaften frühere Angehörige der Bolschewistenarmee. Bezeichnend ist ferner, daß im weißen Heere etwa 70 v. H. Landarbeiter dienen, die Industriearbeiter sind weit weniger vertreten. Die Auffüllung der weißen Armee ist äußerst sonderbar. Die Linie läuft einige Meilen östlich um den Peipussee und ist ungefähr 40 Kilometer lang. Zusammen mit der Ausdehnung im Süden wird die ganze Linie nicht über 150 Kilometer lang sein. Wenn es zu einer Schlappe für die weiße Armee käme, würde eine Katastrophe unausbleiblich sein. Denn es besteht keine Möglichkeit, über den Peipussee hinwegzukommen. Der einzige Verbindungsweg ist die Narwa-Eisenbahnlinie. Einem kräftigen Feind gegenüber wären die Stellungen der weißen Armee geradezu unsinnig. Aber dem Bolschewisten gegenüber geht es. Der Generalstab der Bolschewisten ist zwar gut, aber die Begeisterung, die mit zum Siege führen könnte, fehlt völlig. Es steht fest, daß über 90 v. H. der bolschewistischen Soldaten das Ende der Schreckensherrschaft herbeisehnen.

*

Der Vorsitzende des Zentralrates von Westrußland, Senator Graf v. d. Pahlen, telegraphiert, wie W. T. B. meldet, aus Mitau: Durch die deutsche Tagespresse gehen in den letzten Tagen tendenziöse Nachrichten, die von einer angeblichen westrussischen Regierung in Berlin reden. Es wird hiermit ausdrücklich festgestellt, daß es sich augenscheinlich um eine Mystifikation oder einen von Feinden Rußlands inszenierten Schwindel handelt. Eine im Sommer in Berlin gebildete, zeitweilig von General Biskupski geleitete russische Finanzkommission hat mittlerweile ihre Tätigkeit eingestellt. Irgendeine Verbindung der früheren Mitglieder dieser Kommission besteht weder mit der westrussischen Armee noch mit dem Zentralrat derselben. Sämtliche Nachrichten, die von der angeblichen Berliner westrussischen Regierung ausgehend durch die deutsche Tagespresse gegangen sind, sind im Sinne vorstehender Richtigstellung zu bewerten.

Reichsminister Müller über den deutsch-polnischen Staatsvertrag.

Der erste Staatsvertrag, der zwischen der deutschen Regierung und der polnischen Regierung abgeschlossen worden ist, lag heute der Nationalversammlung, nachdem er die Zustimmung des Reichsrats gefunden hatte, zur Beschlußfassung vor. In dem Vertrag handelt es sich bekanntlich um die Entlassung aller festgehaltenen Personen und um die Gewährung von Straffreiheit. Der Reichsminister des Aeußern, **Hermann Müller,** nahm das Wort, um der Nationalversammlung die Zustimmung zum Vertrag zu empfehlen, und führte aus: Der vorliegende Gesetzentwurf ist eine Ergänzung des Friedensvertrages. Wenn wir bereits vor Inkrafttreten des Friedensvertrages mit Polen in Abmachungen über in Betracht kommende Fragen eingetreten sind, so liegt das daran, daß wir ein besonderes Interesse haben, daß die Abwicklung der Verhältnisse im Osten möglichst glatt vonstatten geht. Wenn wir auch den Verlust von rein deutschen Gebieten und deutschen Bürgern beklagen, haben wir doch ein Interesse daran, daß korrekte Beziehungen mit Polen bestehen. Die Verhandlungen sind durch den Putsch in Oberschlesien unterbrochen gewesen, dann aber in Gang gesetzt worden.

*

Der **Ausschuß der Nationalversammlung für auswärtige Angelegenheiten** beriet heute den Entwurf eines deutsch-polnischen Vertrages über die Entlassung festgehaltener Personen und die Gewährung von Straffreiheit. Beanstandet wurde lediglich die Fassung des Artikels 10, wonach keiner der vertragschließenden Teile in Zukunft eine Person mit einer vor dem Inkrafttreten dieses Vertrages erfolgten politischen oder nationalen Betätigung eine Ausnahmebehandlung unterworfen wird. Die Bedenken hierüber wurden jedoch nach aufklärenden Aeußerungen eines Regierungsvertreters behoben.

Das Schicksal der Beamten in den abzutretenden Gebieten bildete einen weiteren Gegenstand der Beratungen. Es wurde dabei der Hoffnung Ausdruck gegeben, daß eine größere Zahl im Amte bleibe und bei späterer Rückkehr in den Reichs- und Staatsdienst nicht nur keine Schwierigkeiten, sondern Vorteile haben werden.

Deutschnationaler Vorstoß gegen den Parlamentarismus.

Aus der preußischen Landesversammlung.

In der preußischen Landesversammlung wurden heute zunächst Nachträge zum Staatshaushalt, u. a. über den Haushalt des Ministeriums für Volkswohlfahrt und ein Ergänzungsgesetz für die vorläufige Regelung des Staatshaushaltes für 1919 beraten. Dabei hielt der deutschnationale Abgeordnete Graef-Anklam eine stark ironisch gefärbte Rede gegen den Parlamentarismus. Im besonderen bezeichnete er die parlamentarischen Unterstaatssekretäre, „dem gottgewollten Ausdruck des bei einer parlamentarischen Regierung unbedingt nötigen Mißtrauens", als recht überflüssig. Diese Unterstaatssekretäre hätten ihre Aufgabe als „Verbindungsoffiziere" zwischen den Ministerien und den Parteien nach Kundgebungen der Mehrheitsparteien durchaus nicht richtig gelöst. Im Kultusministerium seien nicht weniger als zehn sozialdemokratische Hilfskräfte beschäftigt. Die Ministerien dürfen nicht zu einer Versorgungsanstalt für Parteifreunde werden. Der Redner verlangte ferner, daß die Beigeordneten auf den Landratsämtern, die gestrichen worden sind, nicht durch eine Hintertüre wieder hineinkommen, dadurch, daß man die Kreise zwinge, sie zu bezahlen. Die Sozialdemokraten schickten zur Abwehr des deutschnationalen Vorstoßes den Abgeordneten Richter vor. Er stellte mit äußerster Schärfe fest, daß gerade die Deutschnationalen kein Recht hätten, sich gegen sozialdemokratische Hilfsarbeiter zu wenden. Unter dem alten System sind nur Angehörige der konservativen Partei in einem Ministerium möglich gewesen. Ein solches Monopol besteht für die Sozialdemokraten nicht. Damals haben die Konservativen gerade an Gehältern für die höchsten Stellen nicht gespart (Widerspruch rechts), und wenn sie gespart haben, dann ist es nur geschehen, um Minderbemittelten diesen Posten zu verschließen. (Großer Lärm rechts, lebhafte Zustimmung links.) Im übrigen empfahl der Redner die Annahme der Vorlage.

Außerordentliche Tagung der Schweizer Bundesversammlung.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

J. Bern, 14 Oktober.

Da Frankreich, Italien und England den Friedensvertrag ratifiziert haben und damit die Frist von zwei Monaten für die Beitrittserklärung zum Völkerbund zu laufen beginnt, hat der Bundesrat beschlossen, die Bundesversammlung auf Montag, 10. November, zu einer außerordentlichen Session einzuberufen, um die Frage des Beitritts der Schweiz zum Völkerbund zu beraten und einen Beschluß zu fassen. Die definitive Entscheidung liegt, wie bekannt, beim Volk und bei den Kantonen. Wenn die Bundesversammlung zustimmt, wird der Beitritt dem Bureau des Völkerbundes notifiziert werden unter dem Vorbehalt des späteren, endgültigen Votums durch die Volksabstimmung. In der bekannten Angelegenheit der Neutralität von Nordsavoyen wird der Bundesrat der Bundesversammlung den Antrag stellen, dem Artikel 435 des Friedensvertrages zuzustimmen, der die Anerkennung der immerwährenden Neutralität der Schweiz und die endgültige Aufhebung der Neutralität Nordsavoyens enthält.

Amerikanische Zugeständnisse in der Fiume-Frage?

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

w. Chiasso, 14. Oktober.

Die Aussichten einer amerikanisch-italienischen Verständigung in der Fiume-Frage haben sich gebessert. Nach dem „Corriere della Sera" soll Lansing jetzt ermächtigt sein, gewisse Zugeständnisse zu machen, sofern sie den Grundsätzen Wilsons nicht widersprechen.

Deutschland und die Arbeitskonferenz des Völkerbundes in Washington.

Von [Nachdruck verboten.]

Viandre (Haag).

Wir haben den Beschluß der deutschen Gewerkschaften, nicht nach Washington zu gehen, gebilligt, wollen aber unserem Mitarbeiter im Haag Gelegenheit geben, die Gründe seiner abweichenden Auffassung darzulegen.
Die Redaktion.

Mittags um 12 Uhr am 29. Oktober wird in Washington die erste der jährlichen Arbeitskonferenzen stattfinden, die im Versailler Frieden vorgesehen sind. Diese Konferenzen, neben dem „Internationalen Arbeitsamt", bilden einen besonders wichtigen Teil der Völkerbundsorganisation; praktisch genommen vielleicht für längere Zeit den einzig wichtigen. Inzwischen haben wir im „Vorwärts" schon in einer fetten Ueberschrift gelesen: „Wir gehen nicht nach Washington." „Wir" sind die deutschen Gewerkschaften, welche die stärksten und die bisher einflußreichsten der Welt sind. Trotzdem blieb noch einige Hoffnung. Aber es scheint, daß der Minister Giesberts erfolglos aus Holland zurückgekehrt ist — sicher ein Mann, der den Wert, den die Teilnahme der deutschen Arbeiterschaft an den Washingtoner Verhandlungen hat, nicht unterschätzt. Die Holländer sind durchaus vermittlungsfreudig und auch höchst einflußreich — das Sekretariat des Internationalen Gewerkschaftsbundes wird ja von ihnen geführt und ist in den erfahrenen Händen Oudegeests und Fimmens —, aber die Entscheidung über die Form der Einberufung der Konferenz in Washington liegt bei dem Obersten Rat der Alliierten in Paris. Es handelt sich ja auch nicht nur um die Arbeitervertreter, sondern es müssen auch Vertreter der Regierung und des Unternehmertums eingeladen werden — oder nicht eingeladen werden.

Um die Form dieser Einladung handelt es sich nur noch. Es kann nach einer bestätigenden, in den allerletzten Tagen eingetroffenen Note des Obersten Rates der Alliierten, die wieder von dem Vorsitzenden, dem Amerikaner Polk, gezeichnet ist, kein Zweifel sein, daß eine offizielle Einladung an Deutschland nicht erfolgen soll, wohl aber ist beabsichtigt, in der ersten Sitzung des Internationalen Arbeiterrates einen Beschluß herbeizuführen, die deutschen und österreichischen Delegierten mit gleichen Rechten an den Sitzungen des Rates teilnehmen zu lassen. Dies bestätigt die vorangegangene Note, in der diese Zulassung von Polk als höchstwahrscheinlich und wünschenswert bezeichnet wurde. Am Mittwoch ist darauf von den deutschen Gewerkschaften beschlossen worden, auf Grund der neuerlichen Erklärung Polks nicht nach Washington zu gehen. Man wünscht nicht im Vorzimmer als Bittsteller zu sitzen. Die Form der Einladung ist zu kränkend. Das ist, soweit wir es überblicken können, auch die Ansicht der Reichsregierung. Das Programm, das in Washington besprochen werden soll, bleibt ja auch weit hinter dem zurück, was in Deutschland schon seit kürzerer oder längerer Zeit Wirklichkeit ist. Es ist eine harte Sache für die deutsche Arbeiterschaft und ihre Vertreter, sich einer peinlichen Zulassungsprozedur unterwerfen zu müssen, wenn Fragen verhandelt werden, in denen die deutsche Stimme von je besonderes Gewicht gehabt hat.

Der Beschluß der Gewerkschaften hat seine Vorgeschichte. Sie beginnt auf dem Amsterdamer Internationalen Gewerkschaftskongreß. Dort wurde am letzten Tag beschlossen, daß im Falle der Nichteinladung der deutschen und österreichischen Kameraden der Gewerkschaftskongreß, d. h. die Vertretung so ziemlich der ganzen zivilisierten Arbeiterschaft, auch nicht an der Arbeitskonferenz in Washington teilnehmen werde. Dieser Beschluß wurde von den kontinentalen Arbeitervertretern gegen die Amerikaner und Engländer gefaßt. Nun kann man vielleicht darüber disputieren, ob tatsächlich eine Einladung erfolgt oder nicht erfolgt ist. Aber die Holländer haben ja schon erklärt, daß sie im Falle der Ablehnung der deutschen und österreichischen Vertreter in Washington eine selbständige Konferenz für das Richtige hielten. Trotzdem sich Gompers in Amsterdam von neuem voll Haß gegen und die amerikanische Regierung ungünstig beeinflußt hat, ist es ganz unwahrscheinlich, daß die Zulassung der Deutschen und Oesterreicher nicht sogleich erfolgen würde. Der Amsterdamer Beschluß würde im anderen Falle die Arbeitervertreter verpflichten, die erste Sitzung des Arbeiterrates in Washington sofort zu verlassen. Darüber kann nach dem Beschluß in Amsterdam gar kein Zweifel sein. Es ist wahr: Deutschland hat schon einmal mit einem unbestimmten, von den Amerikanern vorgebrachten Angebot eine schreckliche Erfahrung gemacht. Wer dürft dafür, ließe sich sagen, daß es die Regierungs- und Arbeitgebervertreter nicht auf eine Spaltung der internationalen Arbeiterschaft ankommen ließen? Denn wahrscheinlich würden auch bei Nichtzulassung der Deutschen und Oesterreicher die Engländer und Amerikaner in der Arbeitskonferenz verbleiben. Sie haben schon in Amsterdam protestiert, als der wichtige Eventualbeschluß gefaßt wurde. Aber wie gesagt: Jede Wahrscheinlichkeit spricht für die Zulassung, ebenso wie je den Deutschen schon eine Vertretung im Internationalen Arbeitsamt in Aussicht gestellt ist. Und wenn Deutschland erst zugelassen ist, dann wird es keineswegs allein stehen, sondern den ganzen Kontinent hinter sich haben, wie das ja schon sehr deutlich auf der Amsterdamer Tagung zu sehen war.

Aus dem allen geht hervor: Es handelt sich um eine reine Formsache. Der Eintritt in die bisher feindliche Welt wird uns nicht leicht, ja hier besonders schwer gemacht. Formsachen darf man nicht überschätzen. Wir sind nun einmal nicht entbehrlich, am wenigsten, wenn es sich um weltsoziale Probleme handelt. Und dies ist eine Komödie, die unsere Entbehrlichkeit, Ueberflüssigkeit und Vertrauensunwürdigkeit